

Die Arbeitslosen, der Staat und die Option der Abwanderung: zur Neubestimmung von Solidarität im "Neuen Westen" Europas aus der Sicht Jugendlicher

Reiter, Herwig

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reiter, H. (2009). Die Arbeitslosen, der Staat und die Option der Abwanderung: zur Neubestimmung von Solidarität im "Neuen Westen" Europas aus der Sicht Jugendlicher. *BIOS - Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, 22(1), 32-56. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-335404>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die Arbeitslosen, der Staat und die Option der Abwanderung

Zur Neubestimmung von Solidarität im „Neuen Westen“ Europas
aus der Sicht Jugendlicher

Herwig Reiter

Interviewer: *Ok, now, look, regarding this work theme, but something a bit different, when there's no work. In fact there are many unemployed in Lithuania, unemployment is high, and what do you think, what could be the reasons for that?*

Saulius: *Hmm. (3) (These) people are lazybones [he is laughing]. This is the first reason. In fact, those who want, can surely find a job. It is not that, 'Look, there is no work and altogether what I ..., if (one is) in some village, 'I came here and cannot find a job.' You have to look for it, the one who looks for, that one does find it. If you will lie on a couch with a glass of brandy [he is laughing], life will surely not get better because of that. The state, of course, cannot create work for everybody but for many. If you cannot find a job, so what, you can go abroad. I don't think that it is absolutely impossible to get a job. Of course, it is possible. But sometimes people are very demanding and lazybones, exactly those, who do not have (work). They think that it is much easier to live on the state's pocket by making themselves lots of children, that it is much easier than to work, like all normal people. (26.28)*

1. Einleitung¹

Mehrere Millionen junger Menschen waren in unterschiedlicher Weise von der sozio-ökonomischen Transformation der ehemals kommunistischen Länder Europas und dem Beitritt einiger dieser Länder zur Europäischen Union im Jahr 2004 betroffen. Sie wuchsen in Gesellschaften auf, die noch bis vor wenigen Jahren durch ein verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf Arbeit sowie die Pflicht dazu gekennzeichnet waren. Wie in kaum einer anderen Gesellschaftsform waren in sozialistischen Ländern viele der Prinzipien des soziologisch-theoretischen Ideals der „Arbeitsgesellschaft“ tatsächlich verwirklicht (vgl. Kohli 1994). Demnach war Arbeitslosigkeit, einem kommunistischen „Arbeitslosigkeitstabu“ (Baxandall 2000) folgend, weder Thema in öffentlichen Debatten noch wurde ihr Ausmaß „gemessen“ oder sie in entsprechenden Institutionen des Arbeitslosigkeitsmanagements systematisch verwaltet. Personen, die außerhalb der Arbeit standen, waren überwiegend als soziale Außenseiter stigmatisiert oder sogar kriminalisiert.

¹ Ich bedanke mich bei Patrick Sachweh für wertvolle Anmerkungen.

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime änderte sich diese Situation, und Massenarbeitslosigkeit wurde schlagartig zum Alltagsbestandteil der wirtschaftlichen, institutionellen und sozialen Neuorientierung dieser Gesellschaften (Gallie et al. 2001; Kornai 2000; Kronauer/Vogel 1995; Mutz 1996; Mutz 1997; Rainnie et al. 2002; Vogel 1999). Neben der Frage der institutionellen Restrukturierung stand Arbeitslosigkeit im Zentrum zweier zusammenhängender Problemfelder: Einerseits wurde es nötig, die Bausteine individueller Biographien und deren Relation zur veränderten Arbeitswelt zu überdenken. Andererseits ging es darum, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft neu zu bestimmen und Kriterien sozialer Zugehörigkeit in nunmehr kapitalistischen und demokratischen Kontexten zu etablieren. Eine kürzlich abgeschlossene Studie widmet sich diesen beiden thematischen Bereichen und untersucht die Bedeutung von Arbeitslosigkeit im postsowjetischen Litauen aus der Perspektive Jugendlicher (Reiter 2008). In diesem Artikel beschränke ich mich auf die Diskussion der Bedeutung von Arbeitslosigkeit für soziale Integration und Solidarität.² Den Ausgangspunkt dafür bildet die schlichte Beobachtung, dass die postsozialistische Landschaft nun auch von gesellschaftlich weitgehend unbekanntem sozialen Figuren wie dem Arbeitslosen bewohnt wird, die davor über Jahrzehnte hinweg weitgehend „abwesend“ gewesen waren.³ Ihre unvermittelte Präsenz im Alltag sowie in gegenwärtigen politischen und sozialen Debatten ist Bestandteil der vielschichtigen sozialen Herausforderungen der Transformation; ihr zukünftiger Status wird entscheidend davon abhängen, welchen Platz im sozialen Beziehungs- und Solidaritätsgeflecht sie zugewiesen bekommen. Jugendlichen kommt in diesem Prozess der Erneuerung der Organisationsbedingungen sozialen Zusammenlebens die besondere Rolle zu, zwischen „alten“ und „neuen“ Wissensbeständen zu verhandeln und den relevanten „Wissensvorrat“ (Schütz/Luckmann 1979) zu aktualisieren. Sie sind „Agenten des sozialen Wandels“, die im Sinne Mannheims (1964, 530 ff.) vorhandene Wissensbestände auf eine neuartige Weise aneignen und modifizieren müssen. Die durch den Systemzusammenbruch abrupte Abwertung von Wissensbestandteilen älterer Generationen beschleunigte diesen Prozess der Erfahrungssedimentierung, der normalerweise schrittweise verläuft und von einer gewissen Latenz gekennzeichnet ist (Srubar 1998), erheblich.

Vor diesem Hintergrund diskutiert dieser Artikel die Frage, wie sich das gesellschaftlich neue Problem der Arbeitslosigkeit in der Perspektive Jugendlicher im postsowjetischen Litauen konstituiert. Die empirische Grundlage dafür bildet eine qualitativ-explorative Studie zur Bedeutung von Arbeit und Arbeitslosigkeit im Postkommunismus, in deren Rahmen problemzentrierte Interviews (Witzel 1982, 1989) mit 30 männlichen und weiblichen Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren in linearen und nichtlinearen Übergängen in die Arbeitswelt geführt wurden (Reiter 2008). Die Interviews wurden im Jahr 2004 von geschulten, muttersprachlichen Interviewerinnen durchgeführt und zur Auswertung ins Englische übertragen. Um einen weiteren Bedeutungsverlust zu vermeiden, wird hier auf eine nochmalige Übersetzung ins Deutsche verzichtet. Durch die unvermeidbare Verfremdung des Materials (vgl. Temp-

2 Einige Aspekte der hier geführten Diskussion finden sich ausführlicher in Reiter (2007a, 2007b).

3 Diese Liste neuartiger Figuren in ehemals sozialistischen Ländern beinhaltet weitere soziale Gruppen wie etwa Immigranten, Homosexuelle, Obdachlose und sogar ‚die Armen‘. Es gab sie auch in sozialistischen Ländern, allerdings nicht an der Oberfläche des sozialen Bewusstseins.

le/Young 2004) mussten gewisse Verfahren der Tiefenanalyse, wie etwa die objektive Hermeneutik, ausgeschlossen werden. (Vgl. Flick 2007, 436-452) Extensive biographische Einzelfallrekonstruktionen waren allerdings Bestandteil des Interpretationsprozesses, der sich an den Vorschlägen zur Bildung empirisch-begründeter Typen (vgl. Kelle/Kluge 1999) orientierte. Um Missverständnisse auf der Basis von Übersetzungen zu reduzieren, bestanden die kleinsten Analyseeinheiten zumeist aus der Interviewfrage und der Antwort der Interviewpartner.

Der gesellschaftliche Kontext Litauens bietet sich aus verschiedenen Gründen für eine solche Studie an. Litauen ist eines der Länder im „Neuen Westen“ Europas, welcher durch einen raschen Übergang zu einem Model von Wirtschaft und Gesellschaft nach westeuropäischem Vorbild gekennzeichnet ist. Der Begriff der „nachholenden Modernisierung“ (Zapf 1994) im Sinne einer Angleichung an westliche Standards marktdemokratischer (Wohlfahrts-)Staatlichkeit ist geeignet, die normative Dynamik dieser Entwicklung abzubilden. Im Unterschied zu Ostdeutschland, dessen Transformation durch den Zusammenschluss mit der BRD und die Übernahme etablierter institutioneller Rahmenbedingungen einen Sonderfall darstellt (Vogel 2000, Mayer 2006), waren andere Länder dieser Entwicklung innerhalb eines nationalstaatlichen Containers ausgesetzt. Im Gegensatz zu Ostdeutschland, das einem bestehenden Staat einverleibt wurde, lösten sich die drei baltischen Länder von einer größeren staatlichen Einheit ab. Durch ihre über ein halbes Jahrhundert andauernde sowjetische Besatzung verfügten diese Staaten zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit etwa über keine nationale Volkswirtschaft, sondern mussten diese erst etablieren.

Die litauische Version des Nachholens westlicher Standards war äußerst radikal und, wie es scheint, erfolgreich. Dies kann nicht nur am EU-Beitritt im Jahr 2004 abgelesen werden. 15 Jahre nach seiner Unabhängigkeit wird Litauen in einem Bericht der Weltbank außerdem unter die zwanzig Ökonomien mit den besten Bedingungen für „Doing business“ weltweit gewählt (World Bank 2005). Um auch die Schattenseiten dieser Entwicklung anzudeuten, soll es in diesem Zusammenhang genügen, auf ein paar Details hinzuweisen. Wie in anderen Transformationsökonomien explodierten die Arbeitslosenzahlen in den zweistelligen Bereich, was die Transformation auch für ökonomische Arbeitsmarktforscher zu einem der historisch bedeutendsten Phänomene des 20. Jahrhunderts machte (Svejnar 1999). Die litauische Gesamtarbeitslosenquote erreichte im Jahr 2001 mit 16,5% ihren höchsten Wert; die Arbeitslosenquote Jugendlicher lag im selben Jahr bei 31% und die Langzeitarbeitslosenquote bei 9,3% (European Commission 2006). Im Inneren erwies sich die neu geschaffene Institution des Arbeitsmarkts als äußerst unbequem und von hoher Flexibilität, niedrigen Löhnen und wenig Beschäftigungssicherheit gekennzeichnet (Rutkowski 2003). Die Absicherung durch wohlfahrtsstaatliche Kompensationsmechanismen blieb dagegen auf vergleichsweise niedrigem Niveau (Aidukaite 2004; OECD 2003) und wurde um Institutionen und Agenturen der Vorschreibung und Kontrolle arbeitsmarktbezogener Verhaltensstandards ergänzt (Juska/Pozzuto 2004). Das Armutrisiko trotz Beschäftigung ist in Litauen erheblich: Mehr als 40% der armutsgefährdeten Personen sind in Beschäftigung, ein Wert der für die EU der 15 Länder bei 26% lag (Bardone/Guio 2005).

Dem Vorschlag zur empirisch begründeten Typenbildung (Kelle/Erzberger 1999; Kelle/Kluge 1999) folgend, resultierte die Auswertung des gesammelten Interviewmaterials in einer heuristischen Typologie, die das Phänomen der Arbeitslosigkeit

anhand von drei Dimensionen abbildet: (1) Wahrnehmung und Image des Arbeitslosen; (2) die Einschätzung der wechselseitigen Beziehung zwischen Bürger und Staat (citizenship); (3) mögliche Reaktionsweisen auf die bestehende Konstellation. Dieser Artikel beschränkt sich auf die Darstellung und Diskussion dieser drei Dimensionen anhand des empirischen Materials.⁴ Spannungen und Widersprüchlichkeiten, die sich innerhalb der Klassifikation aus der Kombination von Dimensionen ergeben, können hier nicht abgebildet werden. Der Bezugsrahmen der Diskussion der Bedeutung postkommunistischer Arbeitslosigkeit ist ein imaginiertes Dreieck von (Nicht-)Solidaritätsverhältnissen, bestehend zwischen dem Individuum, dem/der „Anderen“ (hier: dem/der Arbeitslosen) und dem „Staat“.⁵ Dieser Bezugsrahmen, der in einer früheren Publikation entwickelt wurde (Reiter 2007a), soll im nachfolgenden Abschnitt kurz vorgestellt werden. Er versteht sich als Diskussionsvorschlag zur vorläufigen Strukturierung eines wenig erforschten Feldes.

2. (Nicht-)Solidarität im Dreieck – konzeptuelle Rahmung und Forschungsfragen

Die Untersuchung postsozialistischer Konfigurationen der (Nicht-)Solidarität im Dreieck zwischen Individuum, Anderem (d.h. Arbeitslosem) und Staat hat ihren Ursprung in der Beobachtung eines postkommunistischen Solidaritätsparadoxons. Studien zur Wahrnehmung sozialer Ungleichheit sowie zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung im ehemals kommunistischen Osteuropa ergeben ein widersprüchliches Bild. Die generell stärker ausgeprägte Sensibilität für Formen sozialer Ungerechtigkeit, die in Studien zur Werte- und Einstellungsstruktur in diesen Ländern gefunden wird (z.B. Arts et al. 2003), korrespondiert nicht mit der Beobachtung vermehrter zivilgesellschaftlicher Teilhabe. Im Gegenteil, die Bereitschaft zur Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Gemeinschaftsaktivitäten zugunsten mehr oder weniger unspezifischer „Anderer“, die als Solidarisierungsleistung verstanden werden können (Muenkler 2004), ist allgemein gering (z.B. Howard 2003). Eine Erklärung für dieses Desolidarisierungsparadoxon lässt sich in Anlehnung an eine biographische Studie zu Formen der Bewältigung des Transformationsproblems unter nunmehr marktwirtschaftlichen Bedingungen in Ostdeutschland formulieren. Demnach können sich enttäuschte Erwartungen hinsichtlich einer Kontinuität staatlicher Verantwortlichkeit für die umfassende Wohlfahrt von Bürgern negativ auf die Bereitschaft zu individuellem solidarischem Handeln auswirken (Struck 2003).

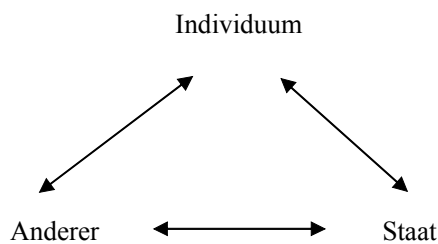
Mit diesem Erklärungsansatz gelangen der „Staat“ und dessen Bedeutung als Referenzkategorie individuellen Handelns stärker in die Aufmerksamkeit soziologischer Analysen postkommunistischer Solidaritätsformen. In Analogie zum Konzept der „always embedded market economy“, womit Block (2003) in Anlehnung an Karl Polanyi auf die Bedeutsamkeit staatlichen Tuns und Unterlassens für Wirtschaftshandeln hinweisen will, kann von einer grundsätzlichen Einbettung sozialer Solidaritäts-

4 Zur Darstellung der Typologie vgl. Reiter (2008, Kapitel 8).

5 In der allgemeinen Verwendung dieses Dreiecks kann „der Andere“ jede signifikante Bezugsperson von Individuen sein; hier ist damit die Figur des Arbeitslosen gemeint. Auch die Partei des „Staates“ ließe sich je nach Bedarf spezifizieren; hier wurde dieser Begriff gewählt, weil er der allgemeinen Übersetzung des litauischen Wortes „valstybė“ entspricht, das in den Interviews von den Jugendlichen überwiegend verwendet wurde.

formen in staatliches Handeln ausgegangen werden. Allerdings vernachlässigt dieser Ansatz mit seinem Schwerpunkt auf vertikale Strukturen den grundlegenden Wandel sozialer Beziehungen, der sich durch den Zusammenbruch des Sozialismus auch entlang der anderen, horizontalen Achse ergeben hat. Der sozialistische Staat war, wie Wagner (1994, 102) feststellt, eigentlich eine individualisierende Kraft, die soziale Beziehungen jeder Art aufzubrechen suchte. Durch dessen Verschwinden besteht von nun an die Notwendigkeit, das Prinzip der Gegenseitigkeit als Voraussetzung des Sozialen anzuerkennen. Anders gesagt, die „Scham über Abhängigkeit“, die laut Sennett (2006, 194) Vertrauensbeziehungen im Kapitalismus gefährdet, muss in post-sozialistischen Gesellschaften einmal mehr überwunden werden, um das Gemeinwesen erst entstehen zu lassen. Für die hier geführte Diskussion postsozialistischer Solidaritätskonfigurationen bedeutet dies, dass durch die Aufwertung der horizontalen Ebene die soziale Beziehung zwischen Individuum und Anderem die lose gewordene vertikale Bindung zwischen Individuum und Staat ergänzt. Dadurch wird (Nicht-)Solidarität zu einer Angelegenheit, die im Dreieck zwischen Individuum, Staat und Anderem (qua Arbeitslosem) verhandelt werden muss (Abbildung 1).

Abbildung 1: Dreieck der (Nicht-)Solidarität



Ausgehend davon nimmt eine alternative und komplementäre Perspektive auf Desolidarisierungsphänomene entlang der horizontalen Beziehungsebene zwischen Individuen die Frage des sozial verfügbaren Wissens über den Anderen in den Blick: Demnach könnte Desolidarisierung mit Arbeitslosen und anderen neuen gesellschaftlichen (Rand-)Gruppen auf mangelnde Erfahrung und Wissen über potentielle Nutznießer solidarischer Aktivitäten innerhalb des Dreiecks zurückzuführen sein.⁶ Das erwartete staatliche Handeln in Richtung dieses unsicheren sozialen Feldes wird zwar als unangemessen wahrgenommen, aber nicht durch individuelles Handeln kompensiert. Die Figur des Arbeitslosen in ehemals kommunistischen Ländern muss, so die hier relevante Annahme, erst begründet und konsolidiert werden, damit sich auch entsprechende Verhaltensweisen ihr gegenüber etablieren können. Für die Untersuchung von Solidaritätsverhältnissen bedeutet dies, dass sie sich insbesondere auf die neuartigen Beziehungen von Staat und Individuum zur Figur des Arbeitslosen richten und somit die vertikale und horizontale Dimension gleichzeitig untersuchen muss.

Die Ergebnisse der Auswertung des Interviewmaterials unterstützen diesen Ansatz und ermöglichen eine differenziertere Rekonstruktion der Wahrnehmung dieses Beziehungsgefüges. Die Ergebnisse verweisen darüber hinaus auch auf die neue Option,

6 Der hier zugrunde liegende Wissensbegriff geht auf Berger/Luckmann (1967) zurück.

das bestehende Dreiecksverhältnis, dessen (Staats-)Grenzen ab sofort nicht mehr undurchdringlich sind, zu unterlaufen und etwa durch Abwanderung hinter sich zu lassen. Die folgenden Abschnitte rekonstruieren dieses Dreiecksverhältnis anhand von drei Themen- und Fragenkomplexen, die auf der Basis des verfügbaren Datenmaterials reflektiert werden:

a) Die Interviews ermöglichen die Rekonstruktion allgemeiner und spezifischer „Bilder“ und Vorstellungen von Arbeitslosen. Dieser Abschnitt fragt nach den „typischen“ Charakteristika von Arbeitslosen und danach, welche (zusätzliche) soziale Kategorie sie repräsentieren?

b) Jugendliche lassen keinen Zweifel an der staatlichen Verantwortlichkeit in Bezug auf das Problem der Arbeitslosigkeit. Die zugehörige Frage lautet: Welche Erwartungen richten sie an den Staat, und (wie) wird die Abwesenheit staatlicher Unterstützung kritisiert?

c) In den Interviews lassen sich systematische Hinweise auf reaktive Verhaltensweisen ausmachen, die sich in gewisser Weise gegen die bestehende Dreieckskonstellation richten und sich zusammenfassend als „Exit-Optionen“ bezeichnen lassen. Die Frage lautet hier: Welche Möglichkeiten Arbeitsloser, ihren Unmut über nachteilige Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Ausdruck zu bringen, werden von den Jugendlichen als handlungsrelevant wahrgenommen, und was bedeuten sie für das staatsbürgerchaftliche Verhältnis?

3. Die Arbeitslosen

Die Wahrnehmung von Arbeitslosen fällt analytisch in zwei Kategorien, wobei sich Elemente beider auch gleichzeitig in den Beschreibungen einzelner Jugendlicher finden: Dem hartnäckigen Klischee des Arbeitslosen als Sozialschmarotzer, das selbst von Jugendlichen aus Familien mit Arbeitslosigkeitserfahrung geäußert wird, steht eine Alternativkategorie bestehend aus einer Vielfalt an „Ausnahmen“ gegenüber.

Dem Stereotyp entsprechend sind Arbeitslose „asozial“ und „faul“ und bevorzugen den Konsum von Sozialleistungen und Alkohol gegenüber jeglicher Form von Arbeit.

Interviewer: *And so you said that there are a lot of unemployed people, why do you think that there are a lot of them?*

Gabija: *Because some people ... although there are a lot of, there are really a lot of work places, if you want to get a job, it is possible to get a job. But people don't want to go to work for a minimum (salary) twelve hours a day, (to work) over time. In general, they don't want a difficult job and some people maybe because of their laziness. "I'd better sit at home without work, than I would work hard for five hundred (litas)", and something like that... And a lot of people think like that, and I think that there are a lot of unemployed just because of that, and more. So people maybe don't even look for a job, some of them, because if you look, I think, it is really possible to find a job and I don't know ...*

Interviewer: *And what do you think about people who don't go to work, as you said, well, that they are lazy to work ...*

Gabija: *I do not have a good opinion about them because ... Let's say, well, it depends on the job, as far as I've heard. Let's say, in shops, when you have to work for a minimum (salary), and people are not considered people there, and all of them are like animals, and they have to do a very hard physical job. In that case I understand it perfectly. Because this is exploitation of people. But people who don't go to work, let's say, who have nothing, they go and beg, "Give me money." Or they are drunkards, I don't justify them. Because they could go to work and, at least for that minimum (salary), at least straighten up their lives minimally. So these are two, two (different) things. (8.24-25)*

Auch wenn das Vorherrschen ungünstiger Arbeitsbedingungen in der neuen Arbeitswelt durchaus gesehen wird, bestehen Jugendliche grundsätzlich auf einer Pflicht zu arbeiten. Irgendeine Art von Beschäftigung, so die gängige Meinung, könne trotz hoher Arbeitslosigkeit immer gefunden werden. Arbeitslose Frauen stehen überdies im Verdacht, Kinder zu bekommen, um staatliche Transferleistungen zu erhalten. Vereinzelt wird ihnen zudem vorgeworfen, sich dieser Kinder auch wieder zu entledigen, wie im folgenden Interviewabschnitt, in dem die positiven Seiten der sozialistischen Arbeitspflicht diskutiert werden.

I think that it was good, because now there are many people who drink, do not work at all. For example, those mothers ... When I look at them, they have many children in order to get those benefits for children. Well, it would be better if every person had to work and got money and provided for his family. Minimally, at least, but he would provide. Because, as is often the case, they live, they produce those children, then they get rid of them in different ways, bury (them) somewhere. I don't know, I think that every person must do something. I think, it really could be so, like it was earlier, work obligatory for everyone. I am in favour of this, that work is obligatory for every person. (Deida: 4.37)

Unmissverständlich negative Aussagen wie diese werden durch zahlreich geschilderte Einzelbeobachtungen konkret wahrgenommenen Leidens an Arbeitslosigkeit relativiert. Diese Selbstbeschränkung und Reflexion pauschaler Verurteilungen scheinen darauf hinzuweisen, dass die offensichtliche Vielschichtigkeit des Phänomens (noch) kein einheitliches Bild zulässt. Beispiele von „Ausnahmearbeitslosen“, denen ihre Situation nachgesehen wird, finden sich zumeist im näheren sozialen Umfeld, in der Verwandtschaft oder sogar in der engeren Familie. Das „Mitleid“ (pity), das etwa im nachstehenden Ausschnitt gegenüber Arbeitslosen ausgesprochen wird, hat seinen Ursprung in der Beobachtung der offensichtlichen Not einer Einzelperson und betont gleichzeitig die Bedeutung der intergenerationellen Transmission dominanter Deutungsmuster.

Interviewer: *And what do you think, maybe you encountered (them), how do the people around treat these unemployed?*

Saulius: *How do they treat them? They feel pity for them.*

Interviewer: *Pity?*

Saulius: *Yeh, for example, earlier, now not anymore, a woman would come to my grandma, you can see from her swollen face that she drinks a lot. She asks*

for two Litas (i.e. 0,6 EUR) and my grandma gives them to her, she really feels sorry for her. And especially those who haven't become unemployed recently, but those who have not found a job for a long time, so I feel pity for these people most of all, that they are not lucky in life that they cannot live well and have all that, what, let's say, I have. (...) How do they look at them (the unemployed, H.R.)? First of all they call them lazybones, like I do, [he is laughing], I also agree with their opinion. Maybe they made us get used to the idea that they are lazybones, those people. So they think the same like I do. Always people think the same way adults do, their grandparents or parents. (26.32)

Auch die radikale Abwertung langjähriger Berufserfahrung, die das neue System mit sich brachte, wird als Entschuldigungsgrund für Arbeitslosigkeit anerkannt. Der nachfolgende Interviewausschnitt zeigt beispielhaft, wie deutlich Jugendliche die verschärften Kriterien des Zugangs zur Arbeit wahrnehmen.

(...) I'll give you such an example, well, a friend of our family. She worked as an accountant and that company went bankrupt and now she is fifty five and that's it. And nobody gives her a job because of age. (...) And it is impossible to find a job, she totally, well, she goes to the shops and everywhere. Although people talk about experience, an accountant, here, they need with experience and everything. There is no way she could find a job. And here she worked in that company for so many years and now she goes to people, cleans rooms to earn money. In the summer time she goes to gardens, weeds gardens, takes care of everything, and so on, because it is impossible to find a job. And it was very difficult for her psychologically. It was very difficult for her because she worked all the time, she earned almost, well, she really used to get good money. And one day, well, she, well, was fired just like that, because everything went bankrupt and that is it. And it was very, very difficult, and for her, and her family, and really, really... (...) (Gabija 8.30)

Die beiden Kategorien Arbeitsloser, die allgemeine und die konkrete, sind weitgehend inkompatibel. Die Vorstellung realer Opfer des Arbeitsmarkts ist von der klischeehaften Übertreibung allgemeiner Charakterdefizite Arbeitsloser überlagert, ein Phänomen, das auch in etablierten Arbeitslosigkeitsökonomien wie Deutschland beobachtet werden kann (Uske 2000). Die Tatsache, dass die beiden Deutungsweisen nebeneinander verwendet werden, scheint außerdem das Prinzip der Inkonsistenz von Alltagswissen zu bestätigen (vgl. Schütz 1972), zumal es wie im Fall der Bedeutung von Arbeitslosigkeit im Postkommunismus um die Neubestimmung eines semantischen Raumes geht. Obwohl eine solche Übersteigerung tatsächlich auf einzelne Arbeitslose zutreffen mag, erinnert sie als Pauschalurteil hier doch eher an das Bild jener außerhalb der Beschäftigungssphäre stehenden sozialen Außenseiter, denen im Kommunismus kriminelles Potenzial zugeschrieben wurde. In der postkommunistischen Variation einer „Ideologie des sozialen Parasitismus“ (Sennett 2006, 192) vereinen sich nun anachronistische Elemente mit radikalisierten Leistungsidealen in einem gesell-

schaftlich äußerst wirksamen Vorurteil.⁷ Dies kann bedeuten, dass kognitive Lernprozesse in Bezug auf den Umständen entsprechende gesellschaftliche Kriterien der Anerkennung oder Missachtung (Honneth 1992), wenn sie auch noch nicht abgeschlossen sind, so doch mit erheblicher Geschwindigkeit verlaufen, oder dass, anders gesagt, der Rückbau institutioneller Sicherungssysteme über einen Prozess der Koevolution mit sekundären kognitiven Anpassungsmechanismen verbunden ist.⁸

4. Der Staat

Ähnlich widersprüchlich ist das Bild, das sich Jugendliche vom Verhältnis der Bürger zum „Staat“ und seinen Repräsentanten machen. Prinzipiell steht auch hier die Arbeitspflicht von Bürgern außer Frage. Ein Jugendlicher, der sich hinter dem Pseudonym XXX verbirgt, meint etwa, dass einzelne Bürger durch Arbeit und Steuern zum „Leben des Staates“ beitragen und damit zu einem Teil eines großen, organischen Kollektivs werden – „part of this collective activity, of this huge anthill“ (30.34). Allerdings wird, wie Studien zur Einstellung gegenüber der Rolle des postkommunistischen Staats zeigen (z.B. Örkény/Székelyi 2000), bestätigt, dass der Staat nicht aus seiner Verantwortlichkeit für das Wohlbefinden der Bürger entlassen wird. Das gilt auch für das Problem der Arbeitslosigkeit und andere Formen individueller oder gemeinschaftlicher Not. Ihre Kritik richten die Jugendlichen dann in erster Linie auf die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft des neuen Regimes im Vergleich zum sozialistischen Vorgänger und zweifeln schließlich dessen Redlichkeit und demokratische Effektivität insgesamt an.

Obwohl sich einzelne Jugendliche in bitteren Kommentaren gegen jegliche Unterstützungserwartung aussprechen, habe der Staat, so die vorherrschende Ansicht, für die Grundsicherung der Bürger zu sorgen. Zu seinen Kernaufgaben gehörten etwa: die Versorgung von älteren Menschen durch ausreichend hohe Pensionen, sofern sie sich darum im Laufe ihres Arbeitslebens verdient gemacht haben, der freie Zugang zu Bildung für Jugendliche und die Bereitstellung von Arbeit für Menschen, die tatsächlich danach suchen. Nach Ansicht der Jugendlichen erweist sich der Staat aber in allen drei Bereichen als unzuverlässig: So bemängeln sie das Auseinanderfallen der Höhe der Pensionen und der Beitragsleistungen in der Zeit des Sozialismus, den begrenzten Zugang zu tertiärer Bildung und die Ineffizienz der neuen Arbeitsvermittlungsagenturen.

Dabei könnte gerade das Schaffen von Arbeitsplätzen die Lebensqualität vieler Menschen verbessern und sich durch ein erhöhtes Steueraufkommen gleichzeitig positiv auf das Gemeinwesen auswirken. Die optimierte Administration des Arbeits-

7 Was Richard Sennett mit Blick auf das problematisch gewordene Prinzip der Abhängigkeit in (Arbeits-) Gemeinschaften diskutiert, erhält im postkommunistischen Kontext der Kapitalisierung von Gemeinschaftsverhältnissen zusätzliche Brisanz: „The attack on the welfare state (...) treats those who are dependent on the state with the suspicion that they are social parasites, rather than truly helpless. The destruction of welfare nets and entitlements is in turn justified as freeing the political economy to behave more flexibly, as if the parasites were dragging down the more dynamic members of society“ (Sennett 1998, 139). (Ich verwende hier das englische Originalzitat, weil die deutsche Übersetzung stellenweise schlichtweg unangemessen ist; Anm. H.R.)

8 Diese Analogie scheint nicht von der Hand zu weisen zu sein, wenn etwa ein Jugendlicher, dessen Mutter selbst gerade arbeitslos ist, über Arbeitslose meint: „They cannot adapt, in Darwin’s words“ (Dizaineris, 5.23).

losengeldes sowie dessen Erhöhung würde zudem dazu beitragen, die Motivation der Arbeitssuchenden, sich an das Arbeitsamt zu wenden und die aktive Suche nach Arbeit fortzusetzen, zu steigern. Die Verfügbarkeit von Arbeit oder ausreichenden Transferleistungen würde den Menschen und Familien in Arbeitslosigkeit die Chance geben, in Würde zu leben, und manche schlicht und einfach am Leben halten, wie es eine Jugendliche ausdrückt:

I think that it is ... that is, I think of it as a positive thing, that a person is supported like this. Because if, for example, he doesn't get a job anywhere and if he even didn't receive anything then what ... I don't know, simply to kill oneself, this is what happens when there is nothing to hold on to, a person doesn't have anything in life. Where from? Let's say, if one wouldn't have money, nothing, no food, anything, one lives on a garbage dump, one can say. I think that it could even be increased (...) (Deida 4.48)

Insgesamt sollte sich die Bereitstellung finanzieller Unterstützung an der oben vorgestellten Differenzierung zweier Kategorien Arbeitsloser orientieren. Hier stimmen die Jugendlichen weitgehend überein mit den Distinktionsritualen der litauischen Arbeitslosenverwaltung und deren zuweilen willkürlich erscheinenden Unterscheidung von Arbeitslosen, die Kompensationszahlungen verdienen, und solchen, die nichts bekommen sollen (Juska/Pozzuto 2004). Durch sorgfältige Kontrollen könnten auch Familien mit Kindern, in denen Alkoholmissbrauch nicht ausgeschlossen werden kann, angemessen unterstützt werden.

(...) Those who are really honest, who do not drink and smoke, these people should be helped even more, maybe. And those who drink, who drink the money away, so it should be considered that it is, let's say, for the child ... A child is born and it happens that they provide the money, and mothers simply drink the money away. So they could bring cheques, or control these people more. And those who ... and those who are more serious, maybe they could get more, though there should be, I think, equal rights for everybody. But those also should be controlled, so that those mothers, or someone else didn't drink the money away, or didn't waste it like this. Because then the child suffers and the money ..., and then they do all kinds of crimes. (Deida 4.48)

Obwohl die befragten Jugendlichen nur wenige Jahre ihres Lebens im sowjetischen Regime verbrachten, dient es ihnen häufig als Referenzkategorie zur Einschätzung der Schwächen des gegenwärtigen Systems. Der Verlust der Arbeitsplatzgarantie, des sozialen Sicherungssystems und der bescheidenen, aber annehmbaren Lebensweise, die allen Menschen zugänglich war, gehören zu den Nachteilen des Systemwechsels. Ein allgemeiner Wunsch unter Jugendlichen, die vorangegangene Situation wieder herzustellen, kann daraus noch nicht abgeleitet werden, wohl aber ein tief sitzendes Verständnis für nostalgische Idealisierungen mancher erwachsener und älterer Menschen. Gabija betont beispielsweise von sich aus die Vorteile, die das vorherige System der „Ordnung“ hatte. Zwar schränkte es die Freiheiten der Menschen ein und auferlegte ihnen gewisse Verpflichtungen, aber es bewahrte sie auch davor, „ihr Leben zu ruinieren“.

I think that maybe there were more duties in Soviet times because everything was stricter. The state required, let's say, more from people but people kept to that, all that order, all these requirements and did all their duties. (...) At least I think that it was better in the Soviet times just because everything was stricter but it was better. There was more order than it is now. (8.56)

„Das Parlament“ oder „die Politiker“ werden einerseits als die Verantwortlichen für diese Entwicklung identifiziert, die sich schließlich auch auf das Problem der Arbeitslosigkeit erstreckt. Andererseits werden sie auch mit Korruption, Bürgerferne, Ignoranz und Untätigkeit in Verbindung gebracht. Politiker werden nicht als die legitimen Interessenvertreter des Volkes oder bedürftiger Menschen wahrgenommen, wodurch auch die üblichen demokratischen Foren zur Diskussion und Lösung von Problemen sozialer Ungerechtigkeit an Bedeutung verlieren. Stattdessen gibt es alternative, öffentliche Bühnen, auf denen Fragen sozialer Gerechtigkeit verhandelt werden und Menschen, die etwa von Arbeitslosigkeit betroffen sind, vereinzelt sogar geholfen wird. Gabija bringt diesen Zusammenhang in einem Abschnitt auf den Punkt, in dem sie über die neuen voyeuristischen Fernsehshows spricht, die sich unter bezeichnenden Überschriften wie „I am looking for a job“ oder „Generation of money“ auch des Themas der Arbeitslosigkeit annehmen.

Interviewer: Aha. All right. So let's come back then to the unemployed people. We started, and I want to ask what do you think, how does society assess the unemployed? What does it think in general?

Gabija: About unemployed ... Let's say, in our politics, so these politicians, some of them totally don't give a damn about these people, those unemployed, those who don't have (anything) for their children. Well, they don't have money at all to let their children go to school, to feed them. And if it will be the same in the future, then it certainly will be very bad. But I think, there certain (TV) shows, well, like "I am looking for a job". There also was a show "Generation of money" or something like that. And they help people to find a job. This is good, that they somewhat help people, I think. But in general today unemployed they are not really, they are not paid much attention, that they would be supported, that somebody would really really think (of them). So it is certainly not like that and all (people) have formed not too good an attitude to those unemployed. And this is not very good, I think. (Gabija 8.33)

Während die Jugendlichen die Teilnahme am Arbeitsprozess sowie an Wahlen als Bürgerpflicht verstehen, werden ihre Erwartungen hinsichtlich des Ideals der Wechselseitigkeit von Pflichten und Rechten im bürgerschaftlichen Verhältnis enttäuscht. Dass es sich dabei nicht um ein Sonderproblem einer Handvoll litauischer Jugendlicher handelt, sondern – 15 Jahre nach Beginn der Transformation – um ein epidemisches Phänomen in den ehemals kommunistischen Ländern, wird beispielsweise an einer unlängst veröffentlichten Studie deutlich. Eine Umfrage der European Bank for Reconstruction and Development (2007) in 29 zentral- und osteuropäischen Ländern von Albanien bis Usbekistan diagnostiziert ein starkes Misstrauen gegen die wichtigsten politischen Institutionen (Regierung, Parlament und politische Parteien). Im

„Neuen Westen“ Europas, den seit 2004 neuen EU-Mitgliedsländern, liegt das Misstrauen gegen diese drei Institutionen bei um die 60%; mehr als 60% der Befragten sind außerdem nicht der Ansicht, dass das Korruptionsniveau im Vergleich zu 1989 zurückgegangen ist (ebd., 25-26). Die in den Interviews vorgebrachte Frustration über dieses staatsbürgerschaftliche Ungleichgewicht und die Vernachlässigung sozialer Probleme der Bürger durch eine verantwortungslose herrschende Elite verweist also nicht nur auf isolierte Unmutsäußerungen als Signale einer nicht näher bestimmten „Politikverdrossenheit“. Vielmehr ist es ein Zeichen für profunden Zweifel an der demokratischen Legitimität des politischen Systems, der auf das gesamte Gebäude des Gemeinwesens zurückfällt.

5. Jenseits des Dreiecks – Exit-Optionen

Während sich die beiden vorangegangenen Abschnitte den wahrgenommenen Verhältnissen innerhalb des Beziehungsdreiecks zwischen Individuum, Arbeitslosem und Staat widmeten, werden im Folgenden drei Alternativen, gegenüber diesen Verhältnissen zu handeln, diskutiert. Alle drei hier unterschiedenen reaktiven Verhaltensweisen der Artikulation von Unzufriedenheit – Emigration (a), Arbeitsverweigerung (b) und Betrug am Staat (c) – lassen sich im Sinne Albert Hirschmans (1970) als Formen des „Exit“, zu Deutsch: „Abwanderung“, darstellen. Hirschman, der seine buchstäblich ‚triviale‘ Heuristik beispielhaft auch auf die Massenemigration von der DDR anwandte (Hirschman 1992), unterscheidet zwischen „Abwanderung“ (exit) (der „Handlungsweise des einfachen Fortgehens“; ebd., 332), „Widerspruch“ (voice) (der „Handlung des sich Beschwerens oder des sich Organisierens zum Zweck der Kritik oder des Protests“; ebd., 332-333) und „Loyalität“ (loyalty).⁹ Loyalität zeichnet sich durch eine besondere Form der Bindung etwa an eine Organisation aus; sie ist eine Kraft, die (ebenso wie Widerspruch) Abwanderung verzögert (ebd., 354).

Hirschmans Modell wird auch in anderen Studien über postkommunistische Länder verwendet. In einer Untersuchung der gespannten interethnischen Beziehungen zwischen Esten und Russen im postkommunistischen Estland der 1990er Jahr diskutiert etwa Evans (1998) Loyalität als einen Aspekt, der Abwanderung durch die Aktivierung positiver Zugehörigkeitsgefühle aufschiebt. Der zusätzliche Aspekt der Passivität von Loyalitätsformen im Postkommunismus steht bei Adnanes (2004) im Vordergrund. Dabei werden in einer Studie von Bewältigungsstrategien Jugendlicher in Bulgarien auch die Aspekte des untätigen Wartens auf Verbesserung („suffering in silence“) hervorgehoben. Für die hier präsentierte Studie sind alle drei von Hirschman vorgeschlagenen Reaktionsweisen auf Unzufriedenheit relevant. Und alle drei können, wie ich denke, unter der Überschrift „Exit“ diskutiert werden: Sie veranschaulichen das Versagen des Dreiecks, sie untergraben dessen Fundamente und weisen dadurch, dass sie sich auch auf die Handlungsdimension beziehen, über die bestehende Konstellation hinaus.

(a) Abwanderung, die erste von den Jugendlichen vorgeschlagene Reaktion auf Unzufriedenheit, besteht darin, das gegenwärtige Dreiecksverhältnis auch physisch zu verlassen. Diese nunmehr legale Antwort auf empfundene Restriktionen verschiede-

⁹ Loyalität ist die dritte Kategorie, die Hirschman vermutlich aufgrund ihm entgegen gebrachter Kritik im Laufe der Zeit etwas vernachlässigt hatte (Barry 1974; Dowding et al. 2000); im Sinne einer Metapher für Beharrungstendenzen bleibt sie aber für die hier geführte Diskussion relevant.

ner Art war im alten System nur sehr eingeschränkt möglich: „In the Soviet period one could work only here, in our country and only for the good of our country“ (Kira, 18.32), wie eine Jugendliche das in sich geschlossene Dreieck beschreibt. Die in den Interviews von den Jugendlichen angeführten Gründe für Abwanderung beziehen sich zumeist auf das Bestreben, individuelle Lebenschancen zu verbessern. Sie nennen beispielsweise: Jobsuche und Überwindung arbeitslosigkeitsbedingten Stillstands; das Zurücklassen niedriger Wohlstandsstandards; die Absicht, in kurzer Zeit genügend Geld verdienen zu können, um sich im Heimatland eine Existenz aufzubauen; oder den allgemeinen Wunsch, ein „besseres“ Leben zu führen. Der letztgenannte Aspekt wird am Beispiel einer schwangeren Frau deutlich, die ihre Heimat und ihren zukünftigen Ehemann zurücklässt und nach Großbritannien geht. Dort konnte sie, zumindest nach Ansicht der Jugendlichen, die darüber berichtet, beste Bedingungen als junge Mutter vorfinden.

(...) There is some cousin of mine ... She is also a very good example. She got pregnant and, well, she was kind of getting ready to get married and then she decided that she doesn't need that ... And pregnant she left to England. She went there, and her son was born there. And only on (benefit) ... Just the benefit she would get was ... Very, very, very good were these benefits. Well, they pay for (the fact that) there is a child and that she is a single – so to speak – mother. And there were very high and very profitable benefits. She got a job, she bought her own house, she bought cars, she lives there ... (...) And the son is already five years old. And she certainly fought her way (through) there already. And she already met a husband there. (...). (Gabija 8.49)

Obwohl die Krise des Wohlfahrtsstaats von einzelnen Jugendlichen als Übergangsphänomen aufgefasst wird, akzeptieren sie den Umstand, dass viele Menschen das Land verlassen. Schließlich kann man dadurch einerseits den niedrigen Sozialleistungen entkommen und ist andererseits im Falle selbst erlebter Arbeitslosigkeit genau diesem sozialen Stigma nicht ausgesetzt. Durch Emigration und transnationale Mobilität wird das Dreieck ausgetauscht; anders ausgedrückt: Das Individuum sucht sich einen Ersatz für die beiden anderen Parteien, den Staat und den Arbeitslosen, und etabliert ein neues Dreieck in veränderter Konstellation.

(...) Those, who go to work abroad, so I fully support them, I mean, because, we should, I mean, if we pay taxes to our state but it doesn't even give us any guarantees that we deserve. And I, for example, I really think that I deserve social (insurance) as well as, you know, all these (benefits) for studies and everything. I mean, that it is actually better to leave to work abroad, though legally and you would pay taxes there for the other state but you would also earn that money that, you know, that you deserve and that you certainly are able to earn. (XXX 30.29)

Obwohl das tatsächliche Ausmaß der Emigration vor und nach dem EU-Beitritt Litauens sich kaum ermitteln lässt, scheint die Exit-Option insgesamt von erheblicher Relevanz zu sein: Schätzungen der inoffiziellen Emigration zufolge haben seit 1990 und bis 2005 etwa 400.000 Personen oder mehr als 10% der Bevölkerung das Land

verlassen, davon ca. 125.000 von 2001 bis 2005 (Statistikos Departamentas 2006). Während ungünstige Veränderungen am Arbeitsmarkt im Rahmen des EU-Beitritts ursächlich für die Auswanderungswelle waren (Davulis 2006), trug diese umgekehrt zu einer Abnahme des Gesamtarbeitslosigkeitsniveaus und letztlich zu einem Arbeitskräftemangel bei, der mittlerweile für einige der neuen EU-Mitgliedsländer symptomatisch geworden ist (World Bank 2006). Der Anteil von Arbeitskräften eines Landes, die im EU-15-Ausland wohnhaft sind, ist für Litauen mit 3,4% der höchste unter den neuen Mitgliedstaaten (European Commission 2006, Kapitel 5). Eine Eurobarometer-Studie zur geographischen Mobilität schließlich zeigt, dass etwa 9% der befragten Litauer in Erwägung ziehen, das Land innerhalb der nächsten fünf Jahre zu verlassen und in ein anderes EU-Mitgliedsland zu gehen (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions 2006, 23).

(b) Der Wegfall der Arbeitspflicht machte die bewusst verweigerte Annahme einer Beschäftigung zum Mindestlohn und unter ungünstigen Bedingungen als zweite Reaktionsweise auf Unzufriedenheit tatsächlich möglich. In diesem Fall ist Exit nun nicht der „Gegenspieler von Widerstand“ (voice), wie es Hirschman (1992, 335) ausdrückt, sondern sein „Verbündeter“. Als Hirschman sein konzeptuelles Begriffspaar von Exit und Voice anlässlich der Auflösung der DDR ein weiteres Mal überdachte, schwächte er deren Gegensätzlichkeit ab und kam zu dem Schluss, dass sie sich in ihrer Wirkung vielmehr verstärkten. Hirschman (ebd., 334) betrachtete das Beispiel der DDR als einen „spektakulären Fall des Zusammenwirkens von Abwanderung und Widerspruch“. Kurz gesagt, der entscheidende Zusammenhang besteht darin, dass „das neu gewonnene Recht auf Abwanderung die beteiligten Personen in ihrem Aktionsmodus tatsächlich *verändert*“ (ebd.; Hervorhebung im Original). Durch die bisher nicht verfügbare Option der Abwanderung und die Masse an Personen in derselben Ausgangslage wird die Möglichkeit einer verbesserten Situation durch Protest erst in Betracht gezogen und Unmut schließlich durch Abwanderung zum Ausdruck gebracht.

Auf der Basis der Interviewdaten ist ein solches Zusammenwirken von Widerspruch und Abwanderung auch in Bezug auf das Problem der Arbeitslosigkeit in Litauen in Ansätzen erkennbar. Zunächst erzeugt etwa die Unzufriedenheit mit dem Lohnniveau zwei entgegengesetzte soziale Gruppen. Während die Arbeitnehmer die staatlicherseits festgelegten Mindestlöhne als zu niedrig empfinden, bezeichnen die Arbeitgeber sie angesichts der Masse an Arbeitslosen als noch zu hoch. Der jeweilige „Wert“ der Arbeit konstituiert sich hier also über antagonistische Perspektiven auf die neue Option und Bedrohung der Arbeitslosigkeit im Beschäftigungssystem. Abwanderung wird so zum Hauptdarsteller im argumentativen Spiel der Positionen, wie in einem der Interviews festgehalten wird. Der Staat als dritte Partei ist hier nur mehr indirekt involviert.

Deida: (...) *I was told that in Vilnius people do not work for five hundred (litas),¹⁰ because it is too low for a month. I am not sure it is like that, but I was told.*

Interviewer: *Why do you think it is more difficult in X (small town)?*

10 Ca. 150 EUR.

Deida: *Because here unemployment is very high, and people are simply exploited. They really pay less than they would pay in Vilnius. For example, my father works, he said that if he worked in Vilnius, he would get considerably more money, at least one thousand litas¹¹ more for sure. Employees simply protested. (Employers) say: "This is X (small town) and everything is said with this. If you worked somewhere else, maybe you would be able to get it." Because if you say something, you will be fired, and there is a huge line of people waiting to take your place. And people work in order to have a job. (Deida 4.42)*

Ein anderer Interviewpartner, XXX, illustriert das Thema der Arbeitsverweigerung an einem Beispiel mit etwas stärkerer Öffentlichkeitswirksamkeit. Im Laufe des Interviews bezieht er sich zweimal auf eine junge Frau, die sich in einer Fernsehshow gegen die Annahme einer Beschäftigung in einer Supermarktkette zum Mindestlohn ausgesprochen hat. Zunächst kritisiert er sie als „typische“ Repräsentantin seines Landes, die sich einfach nicht mit den veränderten Rahmenbedingungen und der Notwendigkeit von Zugeständnissen abfinden könne. Er überdenkt diese Ansicht offensichtlich im Zuge des Interviews und greift das Beispiel später noch einmal auf. Am Ende eines langen Monologs, in dem er die Höhe von Renten und Löhnen in Litauen mit denen im Ausland vergleicht, kann er diesen Standpunkt schließlich sogar unterstützen.

(...) So, that salaries are so low here, it is quite a big problem here. And it has to do with a lot of things here. I mean, why do people not want to go to work? Because maybe they really say, as that girl who said that, "I don't want to work for those three hundred litas".¹² Of course, she exaggerates a bit, but in principle she is right. And if she earned six hundred litas, it would not be much of a relief in her life. I mean, life will not become much better compared to that benefit or something. (XXX 30.28)

Der Gedanke der Arbeitsverweigerung als Widerspruch findet sich in Spurenelementen auch in anderen Interviews. Daraus mehr als nur ein schlummerndes Protestpotential abzuleiten wäre allerdings voreilig. Arbeit an sich hat durch die Option der Arbeitslosigkeit nicht an Bedeutung verloren. Lediglich die Anerkennung von Arbeit als Mittel und Beitrag zur sozialen Integration wird von der direkt oder indirekt wahrgenommenen Rolle des Staates abhängig gemacht. Durch ihre Nähe zum Stereotyp des Arbeitslosen ist Nicht-Arbeit zudem eine äußerst ambivalente und mit sozialen Sanktionen behaftete Kategorie, die keine gleichwertige Alternative darstellt. Demnach werden Unmutsäußerungen bezüglich niedriger Löhne und betrieblicher Ausbeutungsverhältnisse vermutlich in erster Linie „rein private Aktivitäten“ bleiben. Es ist nicht zu erwarten, dass sie sich „in eine breite Bewegung öffentlichen Protests“ wandeln werden, eine Transformation, die Hirschman (1992, 354 f.) etwa als ursächlich für den Zusammenbruch der DDR betrachtet. Angesichts des niedrigen Organisationsgrads von Arbeitnehmern und der äußerst eingeschränkten Popularität und Rolle

¹¹ Ca. 300 EUR.

¹² Ca. 90 EUR.

von Gewerkschaften in Litauen und anderen ehemals kommunistischen Ländern (Dovydeniene 2002; Woolfson & Beck 2002) ist eine derartige Mobilisierung auch kaum zu erwarten.¹³

(c) Der dritte Weg, das gegenwärtige Dreiecksverhältnis zu unterwandern, ist vermutlich der verblüffendste und als Exit-Strategie nicht sofort erkennbar. Im Prinzip besteht er darin, Formen des Trittbrettfahrens, die feste Bestandteile des sozialistischen Alltags waren, über den Systemwechsel hinweg zu erhalten. Dieser Punkt bezieht sich genau genommen auf eine Einteilung Arbeitsloser aus der Sicht von Mitarbeitern der Arbeitslosenverwaltung, wie sie Juska/Pozzuto (2004) für Litauen beschreiben. Demnach gibt es neben den „aktiven“ und „passiven“ Arbeitslosen die dritte Gruppe der „formal“ Arbeitslosen (the formally unemployed). Diese Kategorie beschreibt Personen, die zwar als arbeitslos gemeldet sind und Arbeitslosenunterstützung beziehen, aber keinerlei Interesse an einer herkömmlichen Beschäftigung haben, weil sie von informellen Einkünften leben. Diese Gruppe der „formal Arbeitslosen“ genießt (auch unter Arbeitsvermittlern) hohes Ansehen, weil sie es schafft, im Übergang von der alten zur neuen Gesellschaft von den Vorteilen beider Welten zu profitieren. Einerseits steht ihre hohe und erfolgreiche Aktivität im informellen Bereich im Einklang mit dem neuen Leistungsprinzip; und andererseits gelingt es ihnen dadurch, sich die Überbleibsel einer Kultur der Bewunderung für die Fähigkeit, staatliche Autorität zu hintergehen, zunutze zu machen (Shlapentokh 1989). Außerdem führen beide Vorgehensweisen zu Einkommen. Schließlich ist auch die neue Gesellschaft eine, in der Merkmale des sozialistischen Verhältnisses zwischen Bürger und Staat durch Formen des Betrugs am Staat, die von der Korruption unter Politikern bis zum Missbrauch von Transferleistungen unter sozial schwachen Gruppen reichen, aufrecht erhalten werden.

Goffman (1973) hat in seiner Studie totaler Institutionen für Phänomene wie diese den Sammelbegriff des „Unterlebens“ geprägt: Es sind Handlungsweisen innerhalb restriktiver Kontexte, die er als „sekundäre Anpassungen“ (ebd., 185, „secondary adjustments“) oder als „Ausbeutung des Systems“ (ebd., 204; „working the system“) bezeichnet. Auf den Postkommunismus übertragen, handelt es sich im Allgemeinen um individuelle Handlungsformen, die dazu beitragen, das Auseinanderfallen individueller Bedürfnisse und systemischer Strukturangebote zu überwinden (Marody 1988). Manche dieser „sozialistischen“ Handlungsmuster der „Ausbeutung des Systems“ überlebten die Transformation und finden sich etwa in jenen Variationen des Missbrauchs von Transferleistungen wieder, die beispielsweise im Rahmen des stereotypen Bilds des Arbeitslosen diskutiert wurden. Derartige Handlungen haben die Qualität, gegenwärtige Dreieckskonstellation zu transzendieren, weil sie auf habituelle Beziehungsformen zwischen Bürger und Staat hinweisen, die ihr Ablaufdatum eigentlich überlebt haben.¹⁴ Daher könnten diese Muster des Betrugs am Staat in

13 Ein vergleichbares Protestverhalten der „Abwanderung“ aus einem lokalen Dreiecksverhältnis beschreibt Cleaveland (2005) in ihrer Studie von Sozialhilfebezieherinnen, die ihren Unmut durch „kleine Widerstandshandlungen“ wie der Zurückweisung bestimmter Jobs artikulieren und auf diese Weise ihre Würde erhalten.

14 Damit ist nicht gemeint, dass solche Verhaltensweisen nicht auch in Ländern ohne sozialistische Vergangenheit beobachtet werden können. Die Forschungsfrage zur Ermittlung von Unterschieden (oder Ähnlichkeiten) bestünde vielmehr darin, zu klären, ob der zeitliche Bezugsrahmen solcher Verhaltensweisen überwiegend in der Vergangenheit oder in der Zukunft liegt. Geht es tatsächlich um neuartige Handlungsformen im Sinne einer Innovation gleichsam in das neue Gesellschaftssystem hinein oder um

Hirschmans Terminologie als eine etwas seltsame Form der „Loyalität“ bezeichnet werden, bei der es darum geht, „traditionelle“ Verhältnisse zwischen Bürger und Staat auf rituelle Weise zu reproduzieren. Anders gesagt: Der Betrug am Staat als Widerspruch zum gegenwärtigen System wäre dann eine Art Loyalität gegenüber dem alten System und den damit verbundenen überkommenen Verhaltensweisen.

Die Verfügbarkeit informeller und illegaler Ressourcen aus teilweise kriminellen Aktivitäten wird nur von einzelnen Jugendlichen erwähnt. Hinweise auf wahrgenommene andere Formen des „Vertrauensbruchs“ im Dreiecksverhältnis finden sich hingegen in den Interviews der meisten Jugendlichen. Dazu gehören: der Missbrauch von Sozialleistungen durch inaktive Arbeitslose; das Zeugen von Kindern zur Maximierung erhaltener Sozialleistungen; die Notwendigkeit, sich über Bestechungsgelder ins Bildungs- oder Beschäftigungssystem einzukaufen; das unter Politikern besonders verbreitete Problem der Korruption. Der direkte Missbrauch wohlfahrtsstaatlicher Unterstützungsstrukturen zur Optimierung der eigenen Arbeits- und Einkommenssituation wird nur in wenigen Interviewabschnitten thematisiert. Zwei Beispiele sollen diese Extremposition des Betrugs verdeutlichen. Das erste Beispiel beschreibt die äußerst sachkundige Nutzbarmachung von Institutionen der Arbeitsverwaltung zum Zweck der letztlich selbst gestalteten Arbeitssuche.

The jobcentre doesn't offer anything. You mostly look for a job by yourself and then ... if you want, you can agree with the employer that he doesn't register with the jobcentre, because those from the jobcentre also look for a job (for you). And, for example, one of my friends has a job and she is also (registered) at the jobcentre, but what is not registered at the jobcentre is that she is working. So, she said, that if the jobcentre would offer her a better job, so she would go there and leave the one that she has now. So it is like this ... you have to look for a job by yourself. (Natalja, 24.13)

Das zweite Beispiel verhandelt insbesondere die Nachteile und Risiken, die mit dem offenbar weit verbreiteten Phänomen der „formalen“ Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Ausübung einer nicht angemeldeten Beschäftigung verbunden sind. Dieser letzte Interviewabschnitt verdeutlicht außerdem, dass es noch andere Dreieckskonstellationen gibt, die sich im Laufe der Transformation verändert haben. In diesem Abschnitt geht es konkret um das Beschäftigungsdreieck zwischen Individuum, Arbeitgeber und Staat, dessen Bedeutung bereits im Rahmen der zuvor erwähnten Auseinandersetzung über Mindestlöhne und den „Wert“ von Arbeit angedeutet wurde.

(...) All these benefits – there are a lot ... well, how to say it, there is not only one person that abuses it. He has an unregistered job and additionally gets the unemployment allowance. So... he harms himself, I mean, financially he harms himself, because his pension and everything else depends on his years of work. (...) So OK, but look, if you take a registered job, you ... OK, let's say, the employer, if you are not registered then one does not have to pay taxes for you.

die Aufrechterhaltung eines Widerstandsrituals im Sinne einer Reproduktion althergebrachter Handlungsmuster unter neuen Voraussetzungen? Dieser Unterschied ist keineswegs trivial und könnte vermutlich anhand einer Feinanalyse dieses und zusätzlichen Materials herausgearbeitet werden.

But think about it, your social, SODRA (Lithuanian social insurance; H.R.)... Let's say, what guarantees do you have? None. (No) benefits in this job, no one will pay your medical costs, because you are not registered. "You are not our employee." The manager can say the same: "But he doesn't work for us." (...) And they are the ones to loose. It is not a problem of the state. No. This is, let's say, not the problem (of the state) that they have decided so. The problem of the state is that it looses, it looses money. It does not receive taxes from the employee, and additionally it pays when he works somewhere in addition (un-registered). So, the budget looses and the person looses at the same time. (...) As far as I know, there have been cases that ... Let's say, an accident. An employee gets killed and his family then gets some kind of support from that company and the state. Now, you seem to be unemployed but you have worked there, so you will get nothing from this company. And if you work (formally) in this company you have insurance and you get the safest conditions while you work. And, God forbid, if some accident happens, so the company, nobody else will have to pay. Thus, it should make an effort ... The employer, the person himself, and the state have to understand that. (...) (Ineta, 11.39)

Zusammenfassend lassen sich diese drei sehr unterschiedlichen Exit-Optionen in Anlehnung an ein allgemeines soziologisches Verständnis von Staatsbürgerschaft (citizenship) als ein Konglomerat von wechselseitigen Erwartungen und Handlungen zwischen Bürgern und dem Staat beschreiben. Sie sind allesamt Reaktionen auf Unzufriedenheit mit der wohlfahrtsstaatlich und marktwirtschaftlich bedingten Lebensqualität und den Lebenschancen im gegenwärtigen nationalen Kontext. Die erste Option der Emigration ist die Realisierung der im Sozialismus lang ersehnten Bewegungsfreiheit von Staatsbürgern. Der Auswanderung (in den Westen) liegt die Annahme einer Überlegenheit westlicher Staaten zugrunde, deren subjektiv-empirischer Aspekt sich auf den qualifizierteren Umgang mit marktdemokratischen Rahmenbedingungen beziehen kann. Die zweite Option der Zurückweisung von Beschäftigung zum Mindestlohn ist die Ausübung eines zweiten staatsbürgerschaftlichen Rechts, das neu ist. Dabei kann es sich tatsächlich um eine Form des Protests gegen enttäuschte Erwartungen hinsichtlich der neuen Beschäftigungsstandards handeln, um die Unfähigkeit zur Teilnahme an komplexen, marktvermittelten Beschäftigungsformen oder um eine Art der Erstarrung angesichts des staatlicherseits zugelassenen Missverhältnisses von Lohnniveau und Lebenshaltungskosten. Die dritte Option des Betrugs am Staat ist vor allem in Armutsgesellschaften alltagspraktisch relevanter als die zweite. Jedoch geht es dabei nicht nur um den Versuch, manche der eben erwähnten Probleme zu lösen, ohne das Dreieck physisch zu verlassen. Der Betrug am Staat ist auch die fortgeführte Realisierung von Informalitätserwartungen und impliziter „Rechte“ von Bürgern, die im staatsbürgerschaftlichen Verhältnis des Sozialismus angelegt und für das Funktionieren sowohl des Alltags als auch der gesellschaftlichen Institutionen von zentraler Bedeutung waren (Joosalu 2004; Shlapentokh 1989; Wingens 1999; Diewald 1995).¹⁵ Somit ist es die Ausübung einer Art von Loyalität gegenüber der

¹⁵ Zahlreiche Anekdoten könnten hier angeführt werden. So zitiert beispielsweise Kornai (1992, 86, Fn. 38) Treml (1990, 2), der wiederum Breschnew zitiert, der in einer Zeitschrift meinte: "You don't know life. No one lives on wages alone. I remember in my youth we earned money by unloading railroad freight cars. So, what did we do? Three crates or bags unloaded and one for ourselves. That is how

Vergangenheit des Sozialismus, die das staatsbürgerschaftliche Verhältnis im aktuell marktdemokratischen System mitbestimmt. In Anlehnung an den in der Literatur zur sozialen Ungleichheit verwendeten Begriff des „gespaltenen Bewusstseins“ (split consciousness) (Arts & Gijsberts 1998; Wegener 1992) könnte hier von „gespaltenen Staatsbürgerschaft“ (split citizenship) oder „staatsbürgerschaftlicher Loyalitätsspaltung“ gesprochen werden. Durch die Aufwertung des vergangenen Bezugssystems würde ein solches Konzept zudem die für die Analyse von Transformationsprozessen zentrale zeitliche Dimension stärker erfassen.

6. Abschluss

Die Relevanz des hier diskutierten Phänomens der inkonsistenten Wahrnehmung Arbeitsloser durch Jugendliche beschränkt sich weder auf Litauen noch auf den ehemals kommunistischen Landstrich Europas. Obwohl die Geschichte der Arbeitslosigkeit keineswegs kurz ist und wohl zumindest bis ins Mittelalter reicht (Promberger 2005), war der Begriff selbst bis zum Ende des 19. Jahrhunderts kaum bekannt (Garraty 1978; Walters 2000; Zimmermann 2006). Gerade am Beispiel Deutschlands wird zudem deutlich, dass das Bild des Arbeitslosen als Sozialschmarotzer und als Bestandteil eines bestimmten Konzepts von Arbeitslosigkeit eine vergleichsweise lange Tradition hat. So findet sich das rhetorische Stilmittel des Verweises auf die zersetzende „Gefahr“, die von arbeitslosen und vermeintlich arbeitsscheuen Individuen für das Gemeinwesen ausgehe, in den politischen Diskursen des angehenden 21. Jahrhunderts gleichermaßen wie gegen Ende der Weimarer Republik (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005; Zukas 2001). Zumindest oberflächlich betrachtet dürfte die Evolution dieses widerstandsfähigen Vorurteils, das gleichzeitig moralisches Urteil ist, also (noch) nicht über seine ursprüngliche Konnotation hinausgekommen sein.

Wie die gegenwärtige Wirtschaftskrise verdeutlicht, ist Arbeitslosigkeit in erster Linie wirtschaftlich bedingt und nicht in veränderlichen moralischen Dispositionen von Individuen begründet. Dennoch scheint sich die allgemeine Tendenz, sowohl Gerechtigkeitsvorstellungen als auch die Rechtfertigung von Formen sozialer Missachtung an den „normativen Haushalt“ (Sachweh et al. 2006, 505) jeweils ideologisch und historisch verfügbare Definitionskriterien anerkannter Leistung zu knüpfen (Lane 1962; Lerner 1980), auch im vorliegenden Beispiel zu bestätigen. Insbesondere die Aussagen benachteiligter Jugendlicher, deren eigenes Familienumfeld von Arbeitslosigkeit belastet ist, unterstreichen den Verdacht einer universellen Tendenz dazu, der Marginalisierung einer bestimmten sozialen Gruppe selbst dann nachzugeben, wenn

everybody lives in (our) country.“ Die Kunst des „zustimmenden Widerspruchs“ (consentful contention), die Straughn (2005) in einem Aufsatz zur DDR beschreibt, ist eine Verfeinerung von Unterlebensstrategien und zeigt, mit welcher Raffinesse offizielle Anordnungen in staatssozialistischen Systemen auf der Grundlage der ideologischen Vorgaben selbst infrage gestellt wurden. Überbleibsel dieser Kultur in post-kommunistischen Gesellschaften als Zeichen „zivilisatorischer Inkompetenz“ (Sztompka 1993) zu deuten, halte ich allerdings für unbedacht. Eine solche Diagnose „defizitärer“ Charaktereigenschaften, die es zu überwinden und anzupassen gelte, entspräche vielmehr dem Menschenbild einer jahrhundertalten kolonialistischen Deutung von Modernisierungsprozessen als missionarische Unternehmungen. Eine kritische Diskussion der Durchsetzung der Arbeitsgesellschaft westlicher Prägung in Afrika findet sich bei Gronemeyer (1990).

die Kriterien dafür die eigene Situation reflektieren.¹⁶ Das litauische Beispiel verdeutlicht, mit welcher Geschwindigkeit hegemoniale wohlfahrtskulturelle Moralvorstellungen verinnerlicht und somit Bestandteile eines Diskurses der Selbstanklage werden können. Im Anschluss an Ryans (1976) Begriff des „blaming the victim“ könnte auch in diesem Fall von reflexiver Opferbeschuldigung gesprochen werden.¹⁷

Die hier referierten Ergebnisse weisen außerdem darauf hin, dass die grundsätzliche Neigung zur Rechtfertigung des jeweils bestehenden Systems, in der politischen Psychologie als „system justification“ bezeichnet (z.B. Jost/Hunyady 2002), nicht unbedingt mit politischer Passivität gleichzusetzen ist, zumindest nicht im „Neuen Westen“ Europas. Studien, die den Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit mit Ungleichheitsverhältnissen und dem Potential zu „politischen“ Handlungen vergleichend auch in ehemals kommunistischen Ländern untersuchen (z.B. Kreidl 2000), neigen dazu, die hier rekonstruierten Exit-Optionen als Protestform zu vernachlässigen. Tatsächlich verweisen alle drei Exit-Optionen meiner Ansicht nach auch auf den Aspekt des Widerspruchs (voice), weil sie allesamt, zumindest implizit, Artikulationen von Kritik sind, die obendrein, so ist zu erwarten, für die betroffenen Gesellschaften, Ökonomien und Regionen langfristig problematisch werden könnten. Insbesondere die erste, quantitativ zunehmende Option der Abwanderung aus bestehenden (Nicht-)Solidaritätsverhältnissen ist längst als politisch relevantes Verhalten anerkannt. Mit der Institutionalisierung des Bürgers als Wähler und Konsument öffentlicher Güter wird Mobilität im Raum und hin zu besseren (oder weniger schlechten) Angeboten auch in diesen Regionen zur politischen Handlung (Tiebout 1956). Bewegungsfreiheit und – im Kontext der Europäischen Union – die grundsätzlich bestehende Freiheit der Wahl wohlfahrtsstaatlicher Lebenskontexte sind zugleich Moderatoren und Ventile von Unzufriedenheit mit lokal verfügbaren Lebenschancen. Dies gilt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs für transnationale Migration gleichermaßen wie für Binnenmigration im Sonderfall Deutschlands, wo sich besonders unter Jugendlichen im Osten angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit die Frage der Abwanderung geradezu aufdrängt (Dienel 2005; Mai 2006).¹⁸

Abschließend sind noch ein paar Bemerkungen zum Dreieck der (Nicht-)Solidarität und der zentralen Rolle von Staatlichkeit im Prozess der Profilierung sozialer Gruppen angezeigt. Obwohl sich die exakten Zusammenhänge zwischen öffentlichem und privatem Handeln gegenüber Arbeitslosen nicht durch eine qualitativ-explorative Studie bestimmen lassen, scheint der Zusammenhang selbst kaum in Frage zu stehen. Insofern unterstützen die Ergebnisse jüngere Diskussionen zur „Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft“ (Vogel 2007), die dazu anhalten, staatliches Tun und Unterlassen zum Ausgangspunkt der Analyse der sich verändernden Qualität des Sozialen zu machen. Für das hier diskutierte Untersuchungsfeld bedeutet das konkret, den Staat

16 Einer der Jugendlichen, Rimasi, mit 24 Jahren der älteste Interviewpartner, kommentiert diese Art der „Normalität“: „Essentially, it is the herd instinct to gobble the weakest. That's normal, that's nature“ (25.18).

17 Der Vorschlag von Ullrich (2008, 50, Fn. 42), „victim blaming“ mit „Victimisierung“ zu übersetzen, wäre hier irreführend.

18 Insgesamt lädt der Hinweis Honneths (2000) auf die Schwierigkeit der Analyse normativer Handlungspotentiale unterschiedlicher sozialer Gruppen dazu ein, bei der Untersuchung ehemals kommunistischer Gesellschaften besonders sensibel vorzugehen und die Register möglicher Artikulationsformen von Unrechtsbewusstsein nicht voreilig zu definieren.

als politischen Sozialisationsagenten und relevanten Signalgeber anzuerkennen. Selbst wenn die Metapher des Dreiecks zugunsten komplexerer und realitätsnäherer Konstellationen von (Nicht-)Solidarität, die zusätzliche Parteien wie etwa Gewerkschaften, Familien etc. einschließen können, letztlich aufgegeben werden muss, bleibt der Staat für die Konstitution der Bedeutung gerade von Phänomenen wie Arbeitslosigkeit von zentraler Bedeutung.¹⁹ In ehemals kommunistischen Ländern wird besonders deutlich, wie die durch die Wahl eines ganz bestimmten wirtschaftlichen Systems – nämlich der Marktwirtschaft, welche als „Funktionssystem“ eine Form der „Sozialintegration ohne Solidarität“ (Brunkhorst 2002: 115) darstellt – zunächst politisch konstruierte Kategorie der Arbeitslosen in einem nächsten Schritt auch sozial angeeignet wird, und zwar in Abhängigkeit politisch definierter Deutungsmöglichkeiten (Somers & Block 2005). Der horizontalen Desolidarisierung geht also eine vertikale voraus; sie ist dadurch genau genommen bedingt. Der den ehemals sozialistischen Gesellschaften offenbar eigentümliche Solidaritätsvorschuss, der etwa im eingangs erwähnten Solidaritätsparadoxon zum Ausdruck kommt, ist einer jener Aspekte des „sozialistischen Vermächtnisses“, dessen Erhalt oder Verschwinden jedenfalls entscheidend von der Ausrichtung staatlichen Handelns abhängen wird.

LITERATUR

- Adnanes, Marian (2004): Exit and/or voice? Youth and post-communist citizenship in Bulgaria. In: *Political Psychology* 25(5), 795-815.
- Aidukaite, Jolanta (2004): The emergence of the post-socialist welfare state – the case of the Baltic States: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm.
- Arts, Wil, John Gelissen and Ruud Luijckx (2003): Shall the twain ever meet? Differences and changes in socio-economic justice norms and beliefs in Eastern and Western Europe at the turn of the millennium. In: Wil Arts, Jacques Hagenaars and Loek Halman (Ed.): *The cultural diversity of European unity: findings, explanations and reflections from the European values study*, Leiden, 185-216.
- Arts, Wil and Merove Gijsberts (1998): After the velvet revolution: altered life-chances, fragile legitimacy, and split-consciousness in post-communist Eastern Europe. In: *Social Justice Research* 11(2), 143-171.
- Bardone, Laura and Anne-Catherine Guio (2005): In-work poverty. *Statistics in focus. Population and social conditions* 5/2005, European Communities.
- Barry, Brian (1974): Review article: 'Exit, voice, and loyalty'. In: *British Journal of Political Science* 4(1), 79-107.
- Baxandall, Phineas (2000): The communist taboo against unemployment: ideology, soft-budget constraints, or the politics of destalinisation? In: *East European Politics and Societies* 14(3), 597-635.
- Berger, Peter L. and Thomas Luckmann (1967): *The social construction of reality. A treatise in the sociology of knowledge*, London.
- Block, Fred (2003): Karl Polanyi and the writing of *The Great Transformation*. In: *Theory and Society* 32(3), 275-306.
- Brunkhorst, Hauke (2002): *Solidarität*, Frankfurt/Main.

19 Eine Erweiterung der Konfiguration etwa um die Familie könnte wiederum zusätzliche Exit-Strategien in anderen Bereichen gesellschaftlicher Solidaritätsverhältnisse in den Blick rücken. So könnte auch der Verzicht auf Kinder beispielsweise als ein Rückzug aus (Nicht-)Solidaritätskonstellationen interpretiert werden, sofern er in ungünstigen Reproduktionspolitiken begründet ist. Steuerliche Benachteiligungen von Kinderlosen sind die übliche staatliche Gegenreaktion darauf, womit sich die Interaktion fortsetzt. Und auch der begleitende moralisierende Diskurs fehlt hier nicht.

- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005): Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005.
- Cleaveland, Carol (2005): A desperate means to dignity. Work refusal amongst Philadelphia welfare recipients. In: *Ethnography* 6(1), 35-60.
- Davulis, Tomas (2006): Lithuanian labour market and EU enlargement. In: *Transition Studies Review* 13(1), 18-22.
- Dienel, Christiane (Hg.) (2005): Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland, Wiesbaden.
- Diewald, Martin (1995): ‚Kollektiv‘, ‚Vitamin B‘ oder ‚Nische‘? Persönliche Netzwerke in der DDR. In: Johannes Huinink, Karl Ulrich Mayer, Martin Diewald, Heike Solga und Annette Sørensen, und Heike Trappe (Hg.): *Kollektiv und Eigensinn: Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin, 223-260.
- Dovydeniene, Roma (2002): Trade union responses to globalisation in Lithuania. In: A. V. Jose (Ed.): *Organized labour in the 21st century*, Geneva, 239-277.
- Dowding, Keith, Peter John, Thanos Mergoupis and Mark Van Vugt (2000): Exit, voice and loyalty: analytic and empirical developments. In: *European Journal of Political Research* 37, 469-495.
- European Bank for Reconstruction and Development (2007): *Life in Transition. A survey of people's experiences and attitudes*, London.
- European Commission (2006): *Employment in Europe 2006*, Luxembourg.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2006): *Mobility in Europe. Analysis of the 2005 Eurobarometer survey on geographical and labour market mobility*, Luxembourg.
- Flick, Uwe (2007) *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbeck.
- Evans, Geoffrey (1998): Ethnic schism and the consolidation of post-communist democracies. In: *Communist and Post-Communist Studies* 31(1), 57-74.
- Gallie, Duncan, Dobrinka Kostova and Pavel Kuchar (2001): Social consequences of unemployment: an East-West comparison. In: *Journal of European Social Policy* 11(1), 39-54.
- Garraty, John Arthur (1978): *Unemployment in history: economic thought and public policy*, New York.
- Gronemeyer, Reimer (1990): Making the lazy nigger work ... Schwierigkeiten mit der Arbeitsgesellschaft in Afrika. In: *psychosozial* 13(3), 116-122.
- Goffman, Erving (1973): *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt/Main.
- Hirschman, Albert O. (1970): Exit, voice, and loyalty. Responses to decline in firms, organizations, and states, Cambridge.
- Hirschman, Albert O. (1992): Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. In: *Leviathan*, 330-358.
- Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt/Main.
- Honneth, Axel (2000): Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft. Einige Schwierigkeiten in der Analyse normativer Handlungspotentiale. In: Axel Honneth (Hg.): *Das Andere der Gerechtigkeit*, Frankfurt/Main, 110-129.
- Howard, Marc Morjé (2003): *The weakness of civil society in post-Communist Europe*, Cambridge.
- Joesalu, Kirsti (2004): Das ‚informelle Kollektiv‘ in Behörden der ESSR. Praktiken und Strategien innerhalb sozialer Netzwerke. In: Klaus Roth (Hg.): *Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa*, Münster, 129-145.
- Jost, John T. and Orsolya Hunyady (2002): The psychology of system justification and palliative function of ideology. In: *European Review of Social Psychology* 13, 111-153.

- Juska, Arunas and Richard Pozzuto (2004): Work-based welfare as a ritual: understanding marginalisation in post-independence Lithuania. In: *Journal of Sociology and Social Welfare* 31(2), 3-24.
- Kelle, Udo und Christian Erzberger (1999): Integration qualitativer und quantitativer Methoden. Methodologische Modelle und ihre Bedeutung für die Forschungspraxis. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51, 509-531.
- Kelle, Udo und Susann Kluge (1999): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Opladen.
- Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart, 31-61.
- Kornai, János (1992): *The socialist system. The political economy of communism*, Princeton.
- Kornai, János (2000): What the change of system from socialism to capitalism does and does not mean. In: *Journal of Economic Perspectives* 14(1), 27-42.
- Kreidl, Martin (2000): Perceptions of poverty and wealth in western and post-communist countries. In: *Social Justice Research* 13(2), 151-176.
- Kronauer, Martin und Berthold Vogel (1995): Arbeitslos im gesellschaftlichen Umbruch. Zu einigen grundlegenden Unterschieden in den Arbeitslosigkeitserfahrungen Ost und West. In: Hans-Jürgen Andreß (Hg.): *Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinten Deutschland*, Berlin, 139-162.
- Lane, Robert E. (1962): *Political ideology: why the american common man believes what he does*, New York.
- Lerner, Melvin J. (1980): *The belief in a just world. A fundamental delusion*, New York.
- Mai, Ralf (2006): Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung* 64, 355-370.
- Mannheim, Karl (1964): Das Problem der Generation. In: *Karl Mannheim: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*, hrsg. von Kurt H. Wolff, Neuwied/Berlin, 509-565.
- Marody, Mira (1988): Antinomies of collective subconsciousness. In: *Social Research* 55(1/2), 97-110.
- Mayer, Karl Ulrich (2006): After the fall of the wall: living through the post-socialist transformation in East-Germany. In: Martin Diewald, Anne Goedicke and Karl Ulrich Mayer: *After the fall of the wall. Life courses in the transformation of East Germany*, Stanford, 1-28.
- Muenkler, Herfried (2004): Enzyklopaedie der Ideen der Zukunft: Solidaritaet. In: Jens Beckert, Julia Eckert, Martin Kohli und Wolfgang Streeck (Hg.): *Transnationale Solidaritaet. Chancen und Grenzen*, Frankfurt, 15-28.
- Mutz, Gerd (1996): Das Problem der Versprachlichung von Arbeitslosigkeit in West- und Ostdeutschland. *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History* 9, 93-113.
- Mutz, Gerd (1997): Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Individualisierung. In: Ulrich Beck und Peter Sopp (Hg.): *Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?*, Opladen, 161-179.
- OECD (2003): *Labour market and social policies in the Baltic countries*. Paris.
- Órkény, Antal and Maria Székelyi (2000): Views on social inequality and the role of the state: posttransformation trends in Eastern and Central Europe. In: *Social Justice Research* 13(2), 199-218.
- Promberger, Markus (2005): Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit – Teil 1: Vom Mittelalter bis zur Industrialisierung. In: *Arbeit und Beruf* 1, 1-2.
- Rainnie, Al, Adrian Smith and Adam Swain (2002): *Work, employment and transition. Restructuring livelihoods in post-communism*, London.
- Reiter, Herwig (2007a): Non-solidarity and unemployment in the 'New West'. In: Nathalie Karagiannis (Ed.): *European solidarity*, Liverpool, 164-185.

- Reiter, Herwig (2007b): The post-communist triangle of (non-)solidarity and beyond. Youth and the perception of unemployment in the 'New West'. In: Lars Magnusson and Bo Strath (Ed.): European solidarities. Tensions and contentions of a concept. *Travail & Société – Work & Society* Vol. 57, Brussels, 193-216.
- Reiter, Herwig (2008): Dangerous transitions in the 'New West' – youth, work, and unemployment in post-Soviet Lithuania (PhD-thesis) Florence.
- Rutkowski, Jan (2003): Rapid labor reallocation with a stagnant unemployment pool: the puzzle of the labor market in Lithuania. World Bank Policy Research Working Paper 2946, January 2003, World Bank.
- Ryan, William (1976): Blaming the victim. New York.
- Sachweh, Patrick, Carsten G. Ullrich und Bernhard Christoph (2006): Die gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialhilfe. Eine Untersuchung aus moralökonomischer Perspektive. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58(3), 489-509.
- Schütz, Alfred 1972: Der Fremde. In: Alfred Schütz: *Gesammelte Aufsätze, Band 2, Studien zur soziologischen Theorie*, hrsg. von Arvid Brodersen, Den Haag, 53-69.
- Schütz, Alfred und Thomas Luckmann (1979): *Strukturen der Lebenswelt, Bd. 1*. Frankfurt/Main.
- Sennett, Richard (1998): *The corrosion of character. The personal consequences of work in the new capitalism*, New York.
- Sennett, Richard (2006): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin.
- Shlapentokh, Vladimir (1989): *Public and private life of the Soviet people*, New York.
- Somers, Margaret S. and Fred Block (2005): From poverty to perversity: ideas, markets, and institutions over 200 years of welfare debate. In: *American Sociological Review* 70, 260-287.
- Subar, Ilja (1998): Phenomenological analysis and its contemporary significance In: *Human Studies* 21, 121-139.
- Statistikos Departamentas (2006): *Demographic yearbook 2005*. Vilnius.
- Straughn, Jeremy Brooke (2005): 'Taking the world at its word': the arts of consentful contention in German Democratic Republic. In: *American Journal of Sociology* 110, 1598-1650.
- Struck, Olaf (2003): Trajectories of coping strategies in Eastern Germany. In: Robin Humphrey, Robert Miller and Elena Zdravomyslova (Ed.): *Biographical research in Eastern Europe. Altered lives and broken biographies*, Aldershot, 211-224.
- Svejnar, Jan (1999): Labor markets in the transitional central and east European economies. In: Orley Ashenfelter and David Card (Ed.): *Handbook of labor economics, Volume 3B*, Amsterdam, 2809-2857.
- Sztompka, Piotr (1993): Civilizational incompetence: the trap of post-communist societies. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22, 85-95.
- Tiebout, Charles M. (1956): A Pure Theory of Local Expenditures. In: *The Journal of Political Economy* 64(5), 416-426.
- Temple, Bogusia, and Alys Young (2004): "Qualitative research and translation dilemmas." In: *Qualitative Research* 4, 161-178.
- Treml, Vladimir G. (1990): Study of employee theft of materials from places of employment. Berkeley-Duke occasional papers on the second economy in the USSR, June, no. 20. (quoted in Kornai 1992).
- Ullrich, Carsten G. (2008): *Die Akezeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster*, Wiesbaden.
- Uske, Hans (2000): 'Sozialschmarotzer' und 'Versager'. In: Ursula Holtgrewe, Stephan Voswinkel und Gabriele Wagner (Hg.): *Anerkennung und Arbeit*, Konstanz, 169-192.
- Vogel, Berthold (1999): *Ohne Arbeit in den Kapitalismus. Der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft*, Hamburg.

- Vogel, Berthold (2000): Die Spuren der Arbeitslosigkeit – der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft. In: Hartmut Esser (Hg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden, 215-235.
- Vogel, Berthold (2007): Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg.
- Wagner, Peter (1994): A sociology of modernity. Liberty and discipline, London.
- Walters, William (2000): Unemployment and government. Genealogies of the social, Cambridge.
- Wegener, Bernd (1992): Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: Zeitschrift für Soziologie 21, 269-283.
- Wingens, Matthias (1999): Der ‚gelernte DDR-Bürger‘: biographischer Modernisierungsrückstand als Transformationsblockade? In: Soziale Welt 50, 255-280.
- Witzel, Andreas (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen, Frankfurt a.M./New York.
- Witzel, Andreas (1989): Das problemzentrierte Interview. In: Gerd Jüttemann (Hg.): Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder, Heidelberg, 227-255.
- Woolfson, Charles and Matthias Beck (2002): Remapping labour rights: the case of transitional Lithuania. In: East-Asia Studies 54(5), 749-769.
- World Bank (2005): Doing business in 2005. Removing obstacles to growth, Washington.
- World Bank (2006): World Bank EU8 quarterly economic report PART II: Special topic September 2006, Labor migration from the new EU member states. Warsaw, Bratislava.
- Zapf, Wolfgang (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994, Berlin.
- Zimmermann, Bénédicte (2006): Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zur Entstehung einer sozialen Kategorie, Frankfurt a.M./New York.
- Zukas, Alex (2001): Lazy, apathic, and dangerous: the social construction of unemployed workers in Germany during the late Weimar Republic. In: Contemporary European History 10(1), 25-49.